
NR.20 FREIHEITLICH★SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR KÖLN



INHALT:

SSK: Jugendliche bauten Haus auf der Domplatte

WAS IST FREIHEITLICHER SOZIALISMUS?

GRÜNFLÄCHEN in Köln

JUGENDZENTREN IN SELBSTVERWALTUNG



UND VIELES MEHR

DER GROSSE PFLUG

GRÜNFLÄCHEN IN KÖLN

„GRÖN ES SCHÖN"

Die Stadtfläche von Köln hat ein Ausmaß von ca. 251 Quadratkilometer. Davon sind 120 qkm nichtbebaute Fläche. Dieses nichtbebaute Areal teilt sich in 12.000 ha Wald 2.000 ha Park, Grünanlagen und Freizeitgebiete sowie 6.700 ha landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Fläche auf. Im Verhältnis zu anderen Städten in der BRD hat Köln relativ die meiste Grünfläche.

Dies wird Kritikern der städtischen Grünflächenpolitik von der Stadtverwaltung vorgehalten. Doch erstens wird eine Misere, nämlich zu wenig Grünfläche, nicht dadurch aufgehoben, daß bei anderen die Situation noch schlimmer ist und zweitens setzt die Stadtverwaltung alles daran, die bestehenden Bäume, Wälder und Rasenflächen zu dezimie-

BÄUME ABGEHOLZT

ren. Nun sind Grünanlagen für das Kapital ja auch keine Profitquellen. Zudem haben sich Rat und Verwaltung der Stadt Köln immer den Interessen der Unternehmer sehr aufgeschlossen gezeigt. So konnte die Gothaer Versicherung zur Erweiterung ihres Verwaltungsgebäudes die letzten Bäume in der Werderstr. abholzen. So verkaufte die Stadt Köln ein Waldgelände im Süden der Stadt (Oberer Buschweg) an einen Kiesgrubenbesitzer. 25.000 Bäume wurden gefällt. So verkaufte die Stadt einen Teil des Grüngürtels an die Rheinische Braunkohlenwerke, die dort demnächst ihr neues Verwaltungsgebäude errichtet. So wurden und werden am inneren Grüngürtel Wohnhochhäuser gebaut, die den Grüngürtel zerstören.

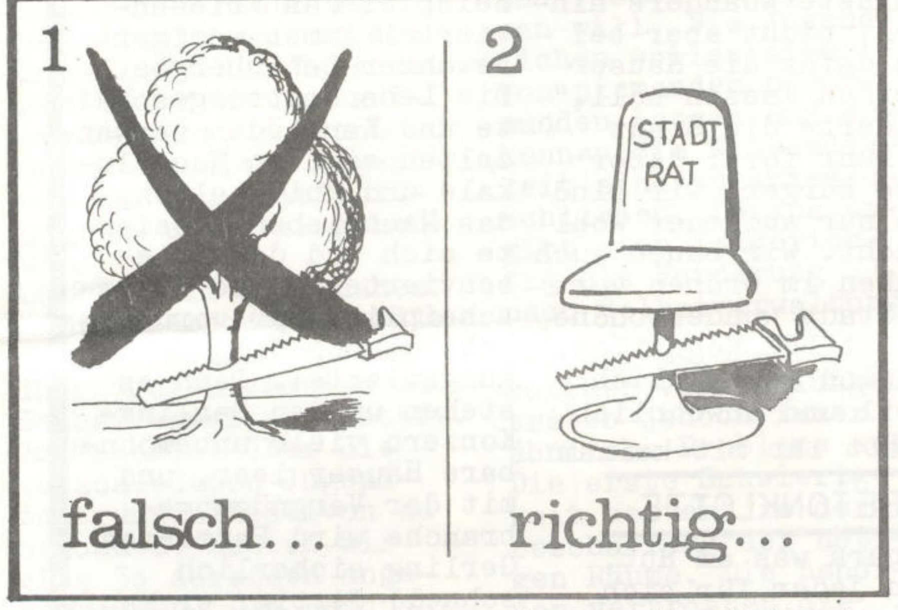
Dieses sind nur einige Beispiele direkter Kapitalinteressen, denen die Stadt wichtige Erholungsgebiete opfert. Noch katastrophaler in ihren Auswirkungen ist die Politik des Rates, die Stadt "verkehrsgerechter" zu machen. Dieses "verkehrsgerechter" heißt in praktischer Konsequenz nichts anderes als autogerechter. Daran kann auch die zeitweise Sperrung des Alter Markts nichts deuteln.

Im Raum Höhenhaus/ Dünnwald sollen im Bereich Kunstfelderstr./ Berliner Straße ca. 10.000 qm Wald Strassenerweiterungsbauten zum Opfer fallen. Man erwägt weiterhin den Bau einer Stadtautobahn. Weiteres Grün wird dann beseitigt werden müssen. Die menschenfeindliche Baupolitik der Stadtverwaltung drückt sich auch im U-Bahn-Bau aus. Sowohl auf dem Hansa-Ring, als auch auf dem Parkgürtel wurden etliche Bäume gefällt. Sicher, einige wurden wieder neugepflanzt, aber anstatt die Gelegenheit zu nutzen, den freigewordenen Platz der ehemaligen Bahntrasse in Grünfläche zu verwandeln, legt man Parkplätze an und verbreitert die Straßen. Am Ebertplatz verfrachten die"Stadtväter" die Fußgänger unter die Erde, damit die Autos oberirdisch die Luft besser und schneller verpesten können. Aber Ford, Opel VW, Esso, Shell und Conti-Gummi haben eben kein Interesse an Städten, die dem Menschen in der Planung Vorrang geben. Sie wollen lediglich mehr Autos, mehr Benzin usw. verkaufen und dies ist nur möglich, wenn anstatt Grünanlagen Strassen gebaut werden und anstatt Bäumen Parkplätze angelegt werden. Je besser die Bedingungen für Autos und je schlechter diejenigen für den öffentlichen Nahverkehr sind, umso mehr ist der einzelne gezwungen ,das Auto zu benutzen.

MENSCHENFEINDLICHE BAUPOLITIK

Doch auch öffentliche Gebäude, die die Stadt, das Land oder der Bund in Köln bauen, werden bevorzugt auf Grünanlagen errichtet. In Bocklemünd wurden einige 10.000 Bäume gefällt, die einer Sied-

lung Platz machen mußten. Die Oberpostdirektion durfte im Grüngürtel für einen Neubau einen Teil des Waldgebietes abholzen. Im Kölner Königsforst im Gebiet von Hummelsbroich soll eine Behörde gebaut werden, und die Grünflächen in der Riehler Aue sollen teilweise einer Jugendherberge weichen. Zudem hat die Stadt vor, den geplanten Fernsehturm in Grünanlagen in Köln-West zu errichten. Vor einem Jahr wollte die Bundesbahn am Alten Ufer eine Kantine bauen, der die einzige



Grünfläche in diesem Gebiet hätte geopfert werden müssen. Ein weiteres Beispiel ist der Bau der Gesamtschule Höhenhaus. Obwohl durchaus andere Standorte hätten gefunden werden können, beschloß der Rat 26.000 qm Wald abzuholzen, um Platz für den Bau zu schaffen. In den letzten Wochen haben besonders 2 Pläne der Stadt Aufsehen erregt, deren Realisierung wiederum eine erhebliche Reduzierung des innerstädtischen Grüns zur Folge hätte. So soll wegen der U-Bahnstation in Deutz der größte Teil des alten Deutzer Friedhofes beseitigt werden. Der andere Plan sieht vor, nach dem Umzug des Rennvereins, das alte Rennbahngelände in Weidenpesch teilweise zu bebauen. Gerade aber dieses Gebiet bietet sich für ein Erholungsgelände an. Es ist das einzige zusammenhängende Grüngebiet im Norden und würde für die Ballungsräume Nippes, Weidenpesch und Riehl ein ideales Freizeitarreal darstellen.

Die hier aufgeführten Beispiele sind die krassesten Fälle von Beseitigung städtischer Grünanlagen. Es gibt zahllose kleinere, kaum bemerkte Fälle von Grünzerstörung. Wer nimmt schon Notiz davon, wenn hier und da im Stadtgebiet einzelne Bäume, Sträucher oder kleinere Rasenflächen auf Grund von Neubauten, Straßenerweiterung und ähnlichem beseitigt werden.

Sicherlich ist es notwendig, Wohnhäuser und andere Gebäude zu errichten. Es ist jedoch nicht notwendig, dafür Grünanlagen zu zerstören. Es steht genügend nichtbebaute Fläche zur Verfügung, die als Standort für Gebäude in Frage kommt, ohne daß Grünflächen angetastet werden müßten. Zudem könnte man viele Gebiete wieder aufforsten oder bepflanzen. Man könnte z.B. den Ring in eine Allee umwandeln, indem man beiderseits der Bahntrasse Bäume anpflanzt; ähnlich wie auf einem Teil des Gürtels.

ROMANTIK ?

Es hat absolut nichts mit Sentimentalität oder Naturromantik zu tun, wenn viele Bürger gegen diese Grünflächenpolitik Sturm laufen. Grünanlagen haben nicht nur einen ästhetischen Wert, sondern sind eine Notwendigkeit zur Erhaltund und Verbesserung unserer Lebensbedingungen. Bäume und Sträucher sind die wichtigsten Produzenten von Sauerstoff. Jede Verringerung der Grünbestände führt zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Luft und gefährdet damit unsere Gesundheit. Zudem hat man festgestellt, daß z.B. Linden einen großen Teil des Schmutzes und Staubes in der Luft abfangen.

Daß Grünanlagen einen hohen Wert zur Erholung des einzelnen besitzen, muß nicht besonders betont werden. Psychologen haben festgestellt, daß Menschen, die in den Betonghettos leben müssen, wesentlich mehr zu Depressionen neigen

ALIBIFUNKTION

als diejenigen, die in Grüngebieten leben. Aber solange Kapital und Stadtverwaltung weiterhin die Grünflächen beseitigen, wird sich daran nichts ändern.

Auch wenn man hier und da einige Bäumchen wieder anpflanzt. Sie ha-

ben nur Alibifunktion bei einer insgesamt gesehen bevölkerungsfeindlichen Grünflächenpolitik. Daß die Bevölkerung sich dies nicht mehr länger bieten läßt, zeigen die vielen Fälle, in denen sich Bürger gegen die Beseitigung von Grünflächen wehren und die Schaffung neuer Anlagen fordern (siehe S.12).●

NACHRUF

auf das friesenviertel

BÜROPALÄSTE

Macht Platz, die Büropaläste kommen

Was man so alles aus einem Wohnviertel machen kann ist manchmal erstaunlich. Nehmen wir beispielsweise das Kölner Friesenviertel, eines der ältesten Wohnviertel Kölns, dessen Häuser in der Mehrzahl um 1905 erbaut wurden. Wie das aber so ist, wenn die Zeit fortschreitet, verfallen die Häuser und sagt der Wohnkomfort den Bewohnern nicht mehr zu. Zumal das Leben in diesen Behausungen von außen durch das Nachtleben, das die pilzhaft aus dem Boden wuchernden Lokale und Spielklubs nach sich zogen, erheblich gestört wird. Die Bewohner dachten ganz richtig: "Schließen wir uns zu einer Bürgerinitiative zusammen, dann werden wir es der Stadt schon sagen." "Ihr wollt also, daß wir euer Stadtteil sanieren, eine Fußgängerzone errichten, damit ihr ruhig schlafen könnt; und dann diesem Gerling, dem sollten wir Einhalt gebieten und ihm sagen, daß er seine Büropaläste woanders hinbauen, nicht aber bei Euch dafür die Häuser abreißen lassen soll," erwiderte die Stadt und fuhr fort: "Aber liebe Bürger, wir sind doch nur auf euer Wohl bedacht. Wir bauen euch draußen im Grünen vor der Stadt wunderschöne komfortable Wohnsilos. Die sind so herrlich steril und unwohnlich, da habt ihr mit keinem

BETONKLÖTZE

Nachbarn was am Hut, schön jeder für sich isoliert vorm Televisator fernschauen. Und außerdem sind die Betonklötze viel teurer; eine Sanierung eines urbanen Stadtviertels bringt uns nicht so viel ein. Nein, in der Stadt, da stinkt es ja nur nach Autoabgasen, da soll der Gerling hin und all die anderen, die dort ihre gefälligen Marmor-, Glas- und Beton-Büropaläste errichten wollen. Diese Gebäude stellen für den Besucher etwas dar, schüchtern ihn ein und geben unserer Stadt ein modernes Image.

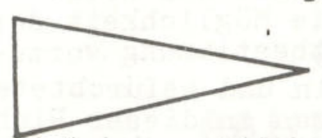
NACHTLEBEN

Und so kam es, daß zum Beispiel das Friesenviertel immer weniger Bewohner beherbergte. Die Lebensmittelgeschäfte und Kaufläden verwandelten sich in Nachtlokale und Spielhallen, das Nachtleben massierte sich und das Friesenviertel wurde (wahrscheinlich nur vorübergehend) zum Vergnügungsviertel. Denn es stehen um den Gerling-Konzern viele unbewohnbare Häuser leer, und mit der Vergnügungsbranche wird Patriarch Gerling sicherlich schnell fertig; er kauft ihnen einfach die Behausungen unter dem Hin-

GERLING-KONZERN

tern weg (mit dem Gedanken: "Sollen sie sich doch in einem anderen Stadtteil einnisten, dann kann ich dort auch bald Büros hinbauen"). Er läßt sie abreißen und einen neuen Seitenflügel an seinen Palast bauen, usw. usw., bis man auf einem Spaziergang durch die Stadt ein hohles Gefühl bekommt als ginge man in einem kahlen Skelett umher.●

JUGENDZENTREN IN SELBSTVERWALTUNG



Jugendzentren mit dem Beiwort "in Selbstverwaltung" schießen in letzter Zeit wie Pilze aus dem Boden. Da Selbstverwaltung für die Kölner Heinzelmenschen nicht nur ein wohlklingender Name ist, sondern die mögliche Organisationsform einer neuen Gesellschaft, in der die Herrschaft des Menschen über den Menschen aufgehoben ist, beleuchteten wir diese Jugendzentren und Initiativgruppen etwas eingehender.
Am 27. Juli fand daher im Heinzelhaus ein Film- und Diskussionsabend über "Jugendzentren in Selbstverwaltung" statt. Um Material über die verschiedenen Jugendzentrumsinitiativen zu bekommen, hatten wir etwa 5o Adressen angeschrieben. Die Resonanz war gering. Das meiste Material erhielten wir von den Jugendzentren im Kreis Rems-Murr bei Stuttgart. Weitere Informationen entnahmen wir aus Büchern und über private Kontakte. Die Ergebnisse der Veranstaltung sollen hier kurz zusammengefasst werden.

Die Jugendzentrumsinitiativen entstehen aufgrund einer für die Jugendlichen unbefriedigenden Freizeitsituation. In den Städten werden den Jugendlichen nur Konsummöglichkeiten angeboten, auf dem Land fehlen selbst diese.

In beiden Fällen sind die Jugendlichen voneinander isoliert. Daher sollen die Jugendzentren neben billigem Konsum auch Kontaktmöglichkeiten bieten und einen Freiraum darstellen, in dem man ohne die Aufsicht Erwachsener tun und lassen kann, was man will. Die Jugendlichen wollen sich von niemandem bevormunden lassen und erkennen die Notwendigkeit sich zusammenzuschließen. Daraus ergibt sich folgerichtig die Forderung nach Selbstverwaltung.

Bei der Durchsetzung solcher Vorstellungen treten jedoch immer ähnliche Probleme auf. Die erste Schwierigkeit besteht in der Beschaffung der nötigen Räume. Die Behörden vertrösten die Jugendlichen zunächst mit freundlichen Worten und dem Hinweis auf die langen Amtswege; man versucht mit dieser Hinhaltetaktik den Initiativen den Wind aus den Segeln zu nehmen, denn "man zeigt ja den guten Willen". Wenn die Jugendlichen sich davon nicht einlullen lassen, sondern auf ihrer Forderung bestehen, werden ihnen meist Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, um drohenden Hausbesetzungen vorzubeugen.

Während dieser Auseinandersetzungen erkennen die Jugendlichen immer deutlicher, daß Selbstbestimmung in dieser Gesellschaft nicht erwünscht ist. Es geht den Stadt- und Gemeinderäten ja nicht darum, die Entstehung eines Jugendzentrums zu verhindern, sondern es geht ihnen darum, die Selbstverwaltung einzuschränken und die Jugendlichen unter Kontrolle zu halten. So versucht man von Seiten der Behörden dann auch, die "großzügige" Zur-Verfügungstellung eines Hauses mit bestimmten Auflagen zu verknüpfen; z.B. Offnungszeiten festzulegen oder Hausmeister und Aufsichtspersonen einzusetzen.
Selbst wenn es den Jugendlichen gelingt, sich gegen solche Maßnahmen durchzusetzen, ist die Selbstverwaltung jedoch noch nicht erreicht. Es zeigt sich dann oft, daß die Probleme, die Selbstverwaltung mit sich bringt, von den Jugendlichen noch nicht ausreichend behandelt worden sind. Die reine Organisation der Aufräum- und Ausbauarbeiten beansprucht die Aktiven oft so sehr, daß für inhaltliche Überlegungen keine Zeit mehr ⊳⊳⊳

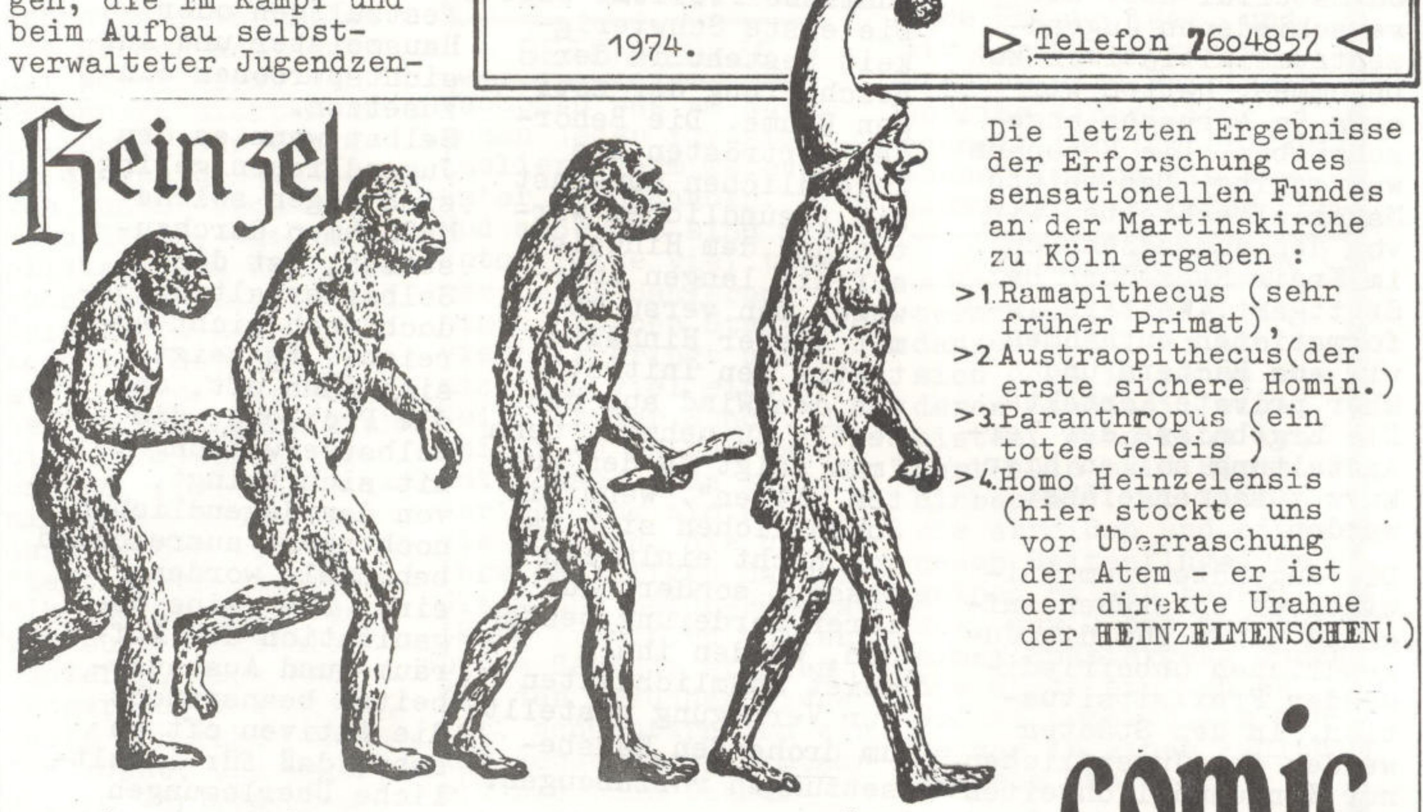
>>> bleibt. So bleibt unbeantwortet: was machen wir im Jugendzentrum außer Musik hören und Cola trinken und wie erreichen wir es, daß unsere Vollversammlungen zu einem wirklichen Organ der Selbstverwaltung werden, daß die Arbeitskreise sich nicht von der Vollversammlung isolieren und sich mehr Leute daran beteiligen. Denn das Jugendzentrum soll ja nicht nur eine billige Konsuminsel sein, sondern zu einem Zentrum für das Dorf oder den Stadtteil werden, indem auch die Probleme die ausserhalb des Jugendzentrums liegen, die bei der Arbeit oder sonstwie entstehen, behandelt und aufgegriffen werden.
Viele Jugendzentren scheitern an diesen Schwierigkeiten. Sie gehen ein oder stellen nach einer gewissen Zeit nur noch billige Diskotheken dar. Dennoch sind die Erfahrungen, die im Kampf und beim Aufbau selbstverwalteter Jugendzentren gemacht werden, wichtig. Die Beteiligten lernen dabei, ihre Interessen selbst zu vertreten und nicht auf die Hilfe von Stadt, Verwaltung und Parteien zu hoffen. Diese Erfahrung werden sie brauchen, wenn sie in Zukunft am Arbeitsplatz und im Wohnviertel für ihre Interessen kämpfen.

Auf eine andere Variante selbstverwalteter Jugendzentren soll hier noch hingewiesen werden. Selbstverwaltung wird heute auch oft zur Modeerscheinung umfunktioniert. So geschieht es oft, daß von Städten und Gemeinden sogenannte selbstverwaltete Jugendzentren aus dem Boden gestampft werden, die mit Selbstverwaltung nicht das geringste zu tun haben. Sie werden so benannt, um den Jugendlichen das Recht und die Möglichkeit der Selbstbestimmung vorzugaukeln und befürchteten Ansätzen in dieser Richtung entgegen zu wirken. Jugendzentren in Selbstverwaltung scheinen für die Herren Stadt- und Gemeinderäte so gefährlich zu sein, daß sie von ihnen übernommen werden müssen, um sie zu untergraben und gleichzeitig in ein Jugendzentrum traditionellen Stils umzuwandeln. ●

Bei der Veranstaltung im Heinzelhaus waren mehrere Vertreter von Kölner und anderen Jugendzentrumsinitiativen anwesend. Die Vertreter der Kölner Initiativen wollen sich nach der Sommerpause regelmäßig treffen, um ihre Arbeit zu koordinieren und noch mehr Leute zu aktivieren. Die Gruppe will zunächst eine Broschüre zur Jugendzentrumsbewegung herausgeben und sucht nach Mitarbeitern. Treffpunkt nach den Ferien ist der

10. September 1974.

Genauere Auskünfte über ▷ Telefon 76o4857 ◁



SSK GIBT NICHT AUF

OBDACHLOSE JUGENDLICHE BAUTEN HAUS AUF DER DOMPLATTE

In letzter Zeit nehmen die Angriffe von Stadtverwaltung und Polizei gegen den SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln) immer mehr zu..Zu einer erneuten Auseinandersetzung kam es am 29.7., als obdachlose Jugendliche vor dem Dom die Grundrisse eines Hauses mauerten und den "Rohbau" mit Sofa, Sessel und Teppich möblierten. Was war geschehen?

leere Versprechungen

Ende Mai waren 6 Jugendliche in eine Wohnung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft "Grund und Boden" eingezogen. Ein Mietvertrag für diese Räume in der Würzburgerstraße sollte noch abgeschlossen werden. Doch dazu kam es nicht. Denn wenige Stunden vor Abschluß des Mietvertrages ließ "Grund und Boden" die Wohnung mit Polizeigewalt räumen und die Jugendlichen auf die Straße werfen. Proteste bei der Wohnungsbaugesellschaft und der Stadtverwaltung nützten nichts, und ein städtischer Beamter höhnte: "Baut euch doch selbst ein Haus, am besten vor dem Dom."

Bau vor dem Dom

So kam es, daß die SSK den Hausbau auf der Domplatte organisierten.und die Passanten auf die Hintergründe der Protestaktion aufmerksam machten.
Die jugendlichen "Bauherren" durften sich aber ihres "Eigenheimes" nicht lange erfreuen. Wie zu erwarten war, schritt die Polizei ein und vertrieb die SSK-Leute mit Gewalt von der Domplatte; Mauern und Möbel wurden anschließend auf Veranlassung der Stadtverwaltung entfernt.

helft dem SSK!

Vielen Bürgern dieser Stadt ist der Verein SSK bekannt. Doch viele kennen das Problem der Obdachlosigkeit junger Menschen nur aus der bürgerlichen Presse und den dort immer wieder veröffentlichten Verlautbarungen von Polizei und Jugendamt, der SSK und die Jugend-Wohngemeinschaften seien Brutstätten der Kriminalität und des Terrors. Umso erfreulicher ist es, daß sich nunmehr Bürger dieser Stadt um aktive Solidarität mit dem SSK bemühen. Sie gründeten den Verein "Helft dem SSK! - Initiative für obdachlose Jugendliche". Heinrich Böll, einer der Mitbegründer, schrieb:
"Bei immer mehr Jugendlichen erweisen sich die herkömmlichen Erziehungsheime und deren Methoden als wirkungslos. Immer mehr Jugendliche verweigern sich diesen Methoden, werden in Kriminalität, Drogenabhängigkeit und Prostitution getrieben. Seit 6 Jahren nimmt sich in Köln der Verein "Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln (SSK) dieser Jugendlichen an. Der SSK holt ohne behördliche Unterstützung obdachlose Jugendliche von der Straße, bietet ihnen Unterkunft; Sozialarbeiter und Pädagogen versuchen, den Jugendlichen zu selbständiger Lebensführung zu verhelfen.

Der SSK erfüllt eine wichtige und notwendige Aufgabe, der die Behörden hilflos gegenüber stehen."
Aufgabe des Vereins "Helft dem SSK" ist es, den SSK finanziell zu unterstützen und vor Diffamierungen zu schützen. Auf einer

ersten Veranstaltung am 12.8.74 im Forum der Volkshochschule stellte sich der Verein der Öffentlichkeit vor. Gezeigt wurden u.a. Filme und Dias über die Situation der Jugendlichen und des SSK, die ständigen Auseinandersetzungen mit dem Jugendamt und der Polizei, denen der SSK von Anfang an ein Dorn im Auge war.●

Kontaktadressen:
"Helft dem SSK - Initiative für obdachlose Jugendliche"
Paul Jochum
5 Köln 1
Sachsenring 59

SSK - Firma
"Wir packen an"
Entrümpelung, Möbelabfuhr, Möbelabholung
5 Köln 1
Roonstr. 102
Tel.: 213175

ACHTUNG

WIR SIND UMGEZOGEN

NEUE ADRESSE:



IMPRESSUM

HEINZELPRESS-VERLAG
5 Köln 1
Gereonsmühlengasse 24

Postscheckkonto Köln
Hans - Peter - Meyer
Nr. 216523 - 502

Presserechtlich verantwortlich:
Heinzelpress
Redaktionskollektiv
Hans Peter Meyer
5 Köln 1
Gereonsmühlengasse 24

Druck: HEINZELPRESS

›LIP - LARZAC, même combat‹

"LIP - LARZAC, der gleiche Kampf !" Mit dieser Losung solidarisierten sich die Bauern aus der französischen Stadt Larzac mit den um ihren Arbeitsplatz kämpfenden Lip-Arbeitern bei der großen Solidaritätsdemonstration am 29. September 1973 in Besancon.

Larzac ist ein kleiner Ort in der südfranzösischen Provinz Occitaine, in der ein riesiges Übungsgelände der französischen Armee liegt. Weil die Armee ihr Gelände um ca. 14oo ha ausdehnen wollte, sollten 1o5 Bauern ausgesiedelt und vertrieben werden. Um dies zu verhindern und um Widerstand gegen die Arm ee zu leisten, schlossen sich die Bauern von Larzac zusammen.

Seit über einem Jahr kämpfen sie nun gegen die Pläne der Regierung und der Armee. Durch ihren aktiven Kampf ist es ihnen gelungen, eine breite Solidarität unter der französischen Bevölkerung zu gewinnen. Außerdem haben die Bauern von Larzac begonnen, sich in Kollektiven zusammenzuschließen und ihre Felder gemeinsam zu bestellen. So sind aus dem Kampf gegen Unterdrückung und Bevormundung Formen eines aktiven Kampfes entstanden, der einmal mehr zeigt, daß Alternativen zum kapitalistischen Ausbeutungssystem existieren und es gilt, diese bereits während des Kampfes zu entwickeln.

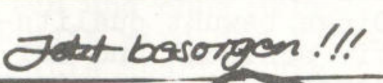
In diesem Monat nun wird das erste kollektiv bestellte Feld abgeerntet. Der Erlös der Ernte soll in Hungergebiete der dritten Welt gesandt werden. Diese erste Ernte soll aber auch Anlaß für ein großes Fest sein, zu dem die Bauern von Larzac alle jene eingeladen haben, die sich mit ihrem Kampf solidarisieren. Sicherlich wird auch eine Delegation der Lip-Arbeiter am Fest teilnehmen, um den Bauern von Larzac die Solidarität der Arbeiter von Besancon zu bekunden.

Viele gewerkschaftliche und politische Gruppen Frankreichs haben aus Anlaß des Erntefestes zu einer "wilden Tour de France" nach Larzac aufgerufen. Diese Tour soll die Fahrt aller Festteilnehmer zu einer großen Aufklärungskampagne über die Situation in Larzac werden lassen. Abschluß und Höhepunkt der Tour wird das große Erntefest von Larzac sein.●



TOUS AU LARZAC

PARIS
ORLEANS
NANTES
PARTHENAY
CHATEAUROUX
LIMOGES
BRIVE
LIP
LYON
LE PUY
VALENCE
VILLENEUVE S/LOT
CAHORS
RODEZ
MENDE
NANT
MILLAU
LODÈVE





Erste Arbeiterkooperative Englands

In Meridan, England, entsteht zurzeit die erste Arbeiterkooperative des Landes. Es handelt sich um die Triumph-Motorradwerke, die von der Firmenleitung im Herbst vorigen Jahres wegen Unrentabilität stillgelegt werden sollte. Damals besetzten die 1750 Arbeiter, die ihre Arbeitsplätze verlieren sollten, die Fabrik und ließen sich bis heute nicht vertreiben. Jetzt erreichten die Arbeiter ihr Ziel: Der Betrieb wird unter Arbeitersebstverwaltung weiterarbeiten.

Thriumph gehört den Arbeitern. Ein neues Selbstverwaltungsmodell, leider wieder einmal unter schwierigsten Bedingungen.

HEINZELPRESS kann man auch abonnieren ! Einfach 5.-DM auf das Postscheckkonto Köln, Nr. 216523-502, Hans - Peter Meyer überweisen für 10 HEINZELPRESS und Porto.





HEINZ DER HEINZEL MEINT:





WAS IST FREIHEITLICHER SOZIALISMUS?

Unsere Alternative zur Konkurrenz- und Ausbeutungsgesellschaft ist der freiheitliche Sozialismus. Was verstehen wir nun darunter?

Kaum zwei Begriffe sind in der Vergangenheit so mißhandelt worden, wie Freiheit und Sozialismus. So nannte sich z.B. der Faschismus in Deutschland National<u>sozialismus</u>. Wir haben eine <u>Freie</u> Marktwirtschaft, d.h., einer Minderheit ist es freigestellt, das Wirtschaftsgeschen zu diktieren und die Preise festzusetzen. Der FDGB, der <u>Freie</u> Deutsche Gewerkschaftsbund in der DDR, ist so frei, daß er noch nicht einmal Streiks organisieren darf. Bei uns nennen sich die SPD-ler <u>Sozialisten</u>, obwohl sie doch zur Zeit eher die besten Gehilfen der Kapitalinteressen sind. Die Pressefreiheit bei uns ist die Erlaubnis für wenige reiche Verleger sagen zu lassen, was sie wollen, bei gleichzeitiger Behinderung und Unterdrückung oppositioneller Zeitungen und Informationen. Die Beispiele zeigen, daß die Begriffe Freiheit und Sozialismus von ihren wirklichen Inhalten losgelöst sind und zu Propagandaphrasen der jeweils Herrschenden wurden.



Freiheit, Sozialismus und Demokratie sind keine Gegensätze, sondern einander bedingende Teile einer neuen Gesellschaft, Ausdrücke der menschlichen Hoffnung auf ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Angst und Not, ohne Streß und Entfremdung.

Freiheit ohne Sozialismus und Demokratie in allen Bereichen ist das Recht der mächtigen Minderheit, über die Mehrheit zu herrschen.

Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie ist das Recht einer mächtigen Parteispitze, der Mehrheit aufzuzwingen, was sie für richtig und nötig hält.

Demokratie ohne Sozialismus ist ein Deckmantel für die Herrschaft des großen Geldes, der den Beherrschten die Illusion besche rt, alle 4 Jahre die Politik mitbestimmen zu können, während

die wirklichen Entscheidungen in den Vorstandsetagen der großen Konzerne fallen.

Wie soll nun die Gesellschaft aussehen, die diese Fehler überwindet?

Der freiheitliche Sozialismus ist eine Gesellschaftsordnung, in der die ökonomischen Notwendigkeiten den menschlichen Interessen untergeordnet werden - und nicht umgekehrt. Die Arbeitenden bestimmen selbst, was und für wen sie produzieren. Dabei geht es darum, sinnvolle Artikel in sinnvoller Qualität zur ausreichenden Bedarfsdeckung der Bevölkerung herzustellen und gleichzeitig die gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu verkürzen.

Bei uns werden viele Dinge bewußt qualitativ schlecht und auf Verschleiß produziert (Gebrauchsgüter), während andere (z.B. Verpackungen) zu hochwertig produziert werden und damit sinnlose Arbeitszeit beanspruchen. Viele Gebrauchsgüter könnten mit geringem Mehraufwand zu einer vielfachen Lebensdauer gebracht werden, was wiederum große Arbeitsersparnisse mit sich bringen würde, denn sie müßten ja nicht so oft neu produziert werden.

Die Arbeitszeit ließe sich unter diesen und anderen vernünftigen Gesichtspunkten rasch auf ca. 4 Std. täglich verkürzen, nicht berücksichtigt die Arbeitsersparnis durch eine zukünftige, auf das Interesse der Arbeitenden ausgerichteten Automation.



In den selbstverwalteten Betrieben dieser Gesellschaft wird sich auch das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit ändern, denn nun dient seine Anstrengung nicht mehr dem Profit der Kapitaleigner, sondern der Versorgung der Gemeinschaft. Automation und Arbeitsersparnis bedeuten dann nicht mehr Angst vor Entlassung, sondern mehr Freizeit für alle.

Die gesellschaftlich notwendige Arbeit wird von allen geleistet werden, arbeitsloses Einkommen, durch Zinsen oder Besitz, ist unmöglich und ohne Herrschaft wird die Bürokratie überflüssig. Um eine Bürokratenklasse in dieser Gesellschaft nicht wieder entstehen zu lassen, ist es nötig, daß die Arbeiter in den Fabriken und die Bewohner in den Stadtvierteln ihre Verwaltung selbst übernehmen und nicht den"Spezialisten" in irgendeiner mehr oder weniger fernen Zentrale überlassen.

Das Ziel der Entwicklung eines autonomen, selbstbestimmenden Menschen kann nicht die Unterordnung unter die Befehle einer Autorität sein, sondern nur die Selbstverwaltung zur freien Entfaltung des Einzelnen in der Gruppe, in der er lebt und arbeitet und im Rahmen der Möglichkeiten der ganzen Gesellschaft.

Das heißt also weder unmenschliche Uniformierung nach den Richtlinien eines großen Führers oder einer Idee, noch heißt es das Recht, auf Kosten Anderer ein besonders bequemes und aufwendiges Leben zu führen, welches nichts ist als ein Machtanspruch, den die Reichen unseres Systems gern mißbräuchlich mit dem Namen "Freiheit" versehen.

Die selbstverwalteten Produktionsstätten und Lebensbereiche sollten sich, soweit es ihren Interessen entspricht, über Räte und andere Kooperationsorgane verbinden, gemeinsame Wirtschaftspläne aufstellen und sich über den regionalen Bereich in immer größerenBezirken föderativ zusammenschließen, bis schließlich die ganze Welt von einem Netzwerk freiwilliger Beziehungen und Kontakte zur Zusammenarbeit überzogen ist.



Ohne Konkurrenz und Leistungsdruck, ohne Autorität und Angst, ohne Bürokratie und Uniformierung, ohne Nationalismus und Militarismus wird dann im freiheitlichen Sozialismus zwar keine konfliktfreie Gesellschaft entstehen. Konflickte treten bei den Beziehungen der Menschen untereinander wohl immer auf. Aber die Lösungen dafür werden gefunden werden im Geist von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die sich durchsetzen werden, nicht auf Grund eines moralischen Anspruchs, sondern weil ihre ökonomischen und sozialen Vorbedingungen im freiheitlichen Sozialismus gegeben sind.

Den allgemeinen Grundzügen des freiheitlichen Sozialismus in dieser Heinzelpress folgen in den nächsten Nummern:

Praxis und Theorie der Selbstverwaltung.
Historische Beispiele und Formen der Selbstorganisation.
Ökonomische Strukturen in der selbstverwalteten Wirtschaft.
Welcher Weg zum freiheitlichen Sozialismus?



VOLKSPARK
UM DIE MARTINSKIRCHE

Wir sollten uns in Köln Paris zum Vorbild nehmen, wo ein Park von 100.000 qm in der Innenstadt errichtet wird

Gegen die Proteste der Bevölkerung hatte der Rat der Stadt Köln im vorigen Jahr beschlossen, das Gelände um die Martinskirche an eine Bauträgergesellschaft zu verkaufen. Während die Anwohner eine Grünfläche und Erholungszone forderten, entschieden sich die Herren aus dem Rathaus für eine 7-stöckige Betonklotz-Umbauung der Martinskirche.

Damit schien das Schicksal der letzten Freifläche in der Altstadt besiegelt.

Inzwischen aber geht die Sache nicht mehr so zügig voran. Der Boom der Eigentumswohnungen ist vorbei, und die Bauherren fürchten um die Rentabilität ihres Projekts. Sie versuchen daher den Preis des Grundstücks zu drücken, mit dem Argument, die Anschließung an die unterirdische Parkplatzzufahrt verursache zu große Kosten.

Inzwischen wird nicht mehr von einem Verkaufspreis von 5 Mio DM, sondern von einem Erbpachtvertrag gesprochen, der von einem Grundstückswert von 2 oder gar nur 1 Mio DM ausgeht. Das bedeutet, daß das Gelände fast verschenkt würde, damit nur ja der Beton in der Innenstadt sich weiter ausbreiten kann.

Wie können wir Kölner Bürger erreichen, daß unsere Interessen berücksichtigt werden. Müssen wir erst einen Fonds gründen, und der Stadt das Gelände um die Martinskirche abkaufen, um dort einen Volkspark zu errichten. Dort hätten wir dann ein Gelände, daß der Kölner Bevölkerung gehört. Dort könnten wir Erholungsanlagen für Jung und Alt aufbauen, für die Menschen und nicht für den Gewinn eines Unterhaltungsunternehmens. Dort könnte ein freier Diskussionsplatz entstehen, ein Treffpunkt von Meinungen und Ansichten aus allen Teilen der Stadt.●

ARBEITSHETZE IM KNAST

Wie uns ein inhaftierter HEINZELPRESS-Leser aus der Justizvollzugsanstalt Rheinbach berichtete, wurde bei vielen Gfangenen das tägliche Arbeitspensum teilweise bis zu 30 % hößergeschraubt. Diese Leistungssteigerung war aber keinesfalls mit einer "Lohnerhöhung" verbunden; die Gefangenen erhalten nach wie vor nur einen Tagesverdienst von DM 1,40 , wovon sie allerdings nur 70 Pfennig "verprassen" dürfen. Den Rest hält die Anstaltsleitung zurück.

Die Erhöhung der Arbeitspensen in der JVA - Rheinbach ist skandalös, zumal immer mehr Gefangene ohne Arbeit in ihren Zellen sitzen. Die Knast-Arbeitslosigkeit ist darauf zurückzuführen, daß in den letzten Monaten das Auftragsvolumen der Industrie an die JVA-Leitung immer mehr abgenommen hat. Um nun die Arbeitsleistungen noch billiger an die Unternehmer verscheuern zu können, wurden die Lohnkosten minimiert, d.h. einem Teil der Gefangenen wurde die Arbeit weggenommen, die dann von den anderen mitgemacht werden muß.●